

4. Juni 2009

# **Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Geschäftsbericht des Gemeinderats für das Jahr 2008**

## **Inhaltsverzeichnis**

|      |                                                                                                                                         |       |
|------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| 1.   | Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission                                                                                    | S. 1  |
| 1.1. | Allgemeine Bemerkungen                                                                                                                  | S. 1  |
| 1.2. | Informationen zu den einzelnen Themenbereichen                                                                                          | S. 1  |
| 2.   | Stellungnahmen des Gemeinderats zu Fragen und Anmerkungen der<br>Geschäftsprüfungskommission zum Geschäftsbericht 2008 des Gemeinderats | S. 2  |
| 3.   | Bericht der Revisionsstelle über die Prüfung der Jahresrechnung                                                                         | S. 12 |
| 4.   | Antrag                                                                                                                                  | S. 12 |

## **Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Geschäftsbericht des Gemeinderats für das Jahr 2008**

---

### **1. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission**

#### **1.1 Allgemeine Bemerkungen**

Die GPK setzte sich mit den finanzpolitischen Kapiteln (Ziffern II. und III. sowie VI. bis XIV.) des gemeinderätlichen Hauptberichts zum Geschäftsjahr 2008 auseinander.

Während des Geschäftsjahres wurde die GPK laufend über aktuelle Ereignisse in der Verwaltung sowie beim Gemeinderat informiert. Sie bedankt sich an dieser Stelle bei Gemeinderat und Gemeindeverwalter für die offene und sachliche Information und Zusammenarbeit, welche einzig in Sachen Gemeindespital (dessen Zukunft sich wenige Wochen nach der Einwohnerratssitzung vom Oktober in der ersten Novemberhälfte zu verdüstern begann) bis zum Ende des Berichtsjahres leider gänzlich unterblieben.

Ferner streicht die GPK explizit die wertvolle Zusammenarbeit mit den Vertretern der externen Revisionsgesellschaft heraus. Ihre intensive "Sicht von aussen" unterstützt die GPK in ihrer Aufgabe und wird entsprechend sehr geschätzt.

Unter anderem gaben 2008 die folgenden Themen Anlass zu vertiefter Diskussion:

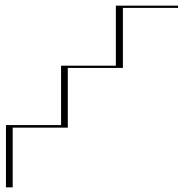
- Riehener Kindergärten
- Werkdienste
- Urteile Moostal
- Mietzinsdepots für gemeindeeigene Liegenschaften
- Neues Abfallregime (seit 1. Juli)
- Gemeindeeigene Fahrzeuge

Ergänzend weist die GPK darauf hin, dass sie sich zur Halbzeit der laufenden Legislatur, wie in § 43 Abs.1 der einwohnerrätlichen Geschäftsordnung vorgeschrieben, neu konstituierte.

#### **1.2 Informationen zu den einzelnen Themenbereichen**

##### *Riehener Kindergärten*

Im Hinblick auf die Übernahme der Primarschulen liess sich die GPK ein rundes Jahrzehnt nach der Übernahme der Kindergärten vom Kanton durch den Gemeinderat und Frau Gertrud Perler detailliert über gemachte Erfahrungen und Stand der Dinge orientieren.



Seite 2    *Werkdienste*

Die GPK diskutierte mit Controller Andres Ribi Vor- und Nachteile von gemeindeeigenen Diensten. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Verwaltung vor jeder Neubesetzung einer Stelle prüft, wie gross der Nutzen der entsprechenden Funktion und wie wichtig sie für ein reibungsloses Funktionieren des Betriebs ist.

*Urteile Moostal*

Die GPK prüfte formell den gemeinderätlichen Entscheid, die Moostal-Urteile des Verwaltungsgerichts nicht ans Bundesgericht weiterzuziehen. Dabei kam sie zum Schluss, dass die Kompetenz zu diesem Verzicht effektiv beim Gemeinderat liegt und dieser somit im Rahmen seiner Befugnisse entschied.

*Mietzinsdepots für gemeindeeigene Liegenschaften*

Auf Intervention der GPK überprüfte die Verwaltung ihre Praxis betreffend Führen von internen Mietzinsdepots für die Vermietung gemeindeeigener Liegenschaften, welche nicht dem geltenden Mietrecht entspricht, und hob diese Depots auf.

*Neues Abfallregime (seit 1. Juli)*

Erste Erfahrungen zeigten eine hohe Akzeptanz des neuen Abfallregimes in der Bevölkerung. Hingegen führen die Grünabfuhrtouren im Sommerhalbjahr zu langen Arbeitstagen für die Abfuhréquippen (offenbar lassen sich die neuen Grüncontainer via Automatik weniger rasch leeren als früher die Bags manuell). Punktuelle Anpassungen im Betriebsablauf werden laufend vorgenommen.

*Gemeindeeigene Fahrzeuge*

Die Herren Peter Loosli (Leiter Werkdienste) und Rolf Loll (Leiter Interne Dienste) nahmen zu Fragen der GPK in Zusammenhang mit Anschaffung/Ersatz und Bewirtschaftung von gemeindeeigenen Fahrzeugen Stellung und orientierten die GPK detailliert über die Themenkreise Fahrer und Fahrzeuge.

**2. Stellungnahmen des Gemeinderats zu Fragen und Anmerkungen der Geschäftsprüfungskommission zum Geschäftsbericht 2008 des Gemeinderats**

***Seite 36, Personelle Ressourcen:***

- 1. Im Zusammenhang mit NOKE wurden in den Werkdiensten für den betrieblichen Unterhalt der Kantonsstrassen und der kantonalen Grünanlagen 550 zusätzliche Stellenprozente geschaffen. Ursprünglich war man der Auffassung, die neuen Aufgaben mit dem bestehenden Personalbestand bewältigen zu können. Hat man sich hier getäuscht? Wie können diese Mehrkosten dem Kanton berechnet werden?***



Seite 3

Man hat sich keineswegs getäuscht, dies war von Anfang an so geplant und ist entsprechend in die Berechnungen von NOKE eingeflossen. Es wäre undenkbar gewesen, diese umfangreichen zusätzlichen Aufgaben mit dem bestehenden Personalbestand zu bewältigen. Dies wurde mehrfach auch so kommuniziert, u.a. in den Politikplänen 2007 - 2010 und 2008 - 2011. Mit dem bewusst knapp bemessenen Ressourcenausbau erledigen die Werkdienste den Kantonsstrassenunterhalt kostengünstiger als früher die Stadtreinigung Basel. Der erwartete Synergiegewinn ist eingetreten und wirkt sich günstig auf die Gemeindefinanzen aus.

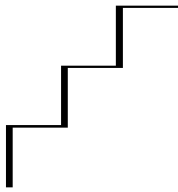
**2. Auf Seite 11 des Hauptberichts (Produktgruppe Siedlung und Landschaft) wird darauf hingewiesen, dass im Produkt „Grünanlagen“ eine Unterschreitung zu verzeichnen ist und zwar wegen weniger Arbeitsstunden für dieses Produkt. Wie sind diese gegenteiligen Aussagen zu verstehen?**

Der Gärtnereibetrieb hat für das Produkt „Grünanlagen“ im Rechnungsjahr weniger Arbeitsstunden geleistet als geplant und budgetiert. Stattdessen wurden Leistungen zugunsten anderer Produkte und Spezialprojekte erbracht, soweit die erwähnten unfall- bzw. krankheitsbedingten Ausfälle nicht zu reduzierten Leistungsverrechnungen geführt haben. Die gesamten *Personalkosten* der Gärtnerei werden indessen allein durch die Anzahl der Mitarbeitenden bzw. Stellen beeinflusst. Ob die Mitarbeitenden für das Produkt „Grünanlagen“ oder für andere Produkte und Kostenstellen arbeiten, wirkt sich auf die entsprechenden Produkte, nicht aber auf die Personalkosten aus.

**3. Rückstellungen für Mehrleistungen im Rahmen der Jahresarbeitszeit und für nicht bezogene Ferien: Dieser Betrag ist relativ stark angestiegen. Wo finden sich die Einzelbeträge in der Übersicht der Abteilungen? Mit welchen konkreten Massnahmen will der Gemeinderat gegen die hohe Anzahl Überstunden und die gestiegenen finanziellen Rückstellungen vorgehen?**

Detaillierte Information finden sich nicht im Geschäftsbericht und wären hier auch nicht stufengerecht. Der Betrag ist 2008 um CHF 75'000 gestiegen; dies ist bei einem Personalaufwand von über 25 Mio. Franken ein verhältnismässig geringer Betrag. Die konsequente Überwachung der Mehrleistungssaldi, welche über die zugelassene Schwankungsbreite hinausgehen (> 80 Stunden am Ende eines Monats), und der Ferien durch die Vorgesetzten macht Sinn und zeigt Wirkung.

Die Gründe, aus welchen es zu Mehrleistungen kommt, können sehr unterschiedlich sein; zudem handelt es sich um eine Stichtags-Betrachtung per 31.12. Ein wesentlicher Aspekt ist, dass der Personalbestand bewusst nicht auf Arbeitsspitzen ausgerichtet ist; solche werden mit extern zugekauften Leistungen oder eben mit Mehrleistungen aufgefangen, was bei Teilzeitpensen in Absprache mit den betreffenden Mitarbeitenden oft eine gute Lösung ist. Auch bei Aufgabenerweiterungen, welche auf die Gemeindeverwaltung zukommen (z.B. im Zusammenhang mit NOKE) wird der feste Personalbestand vorerst zurückhaltend aufge-



Seite 4

stockt. Weitere Anpassungen der festen Pensen können in einem zweiten Schritt aufgrund der konkreten Erfahrungen folgen (so z.B. nun im Bereich Personelles oder Rechtdienst im Zusammenhang mit den Schulen).

Die bilanzierten Rückstellungen für Ferienguthaben bzw. Mehrleistungen mit Stichtag 31.12.2008 belaufen sich auf 1,092 Mio. Franken. Dies waren 4,7 % der direkten Lohnkosten in Höhe von 23,226 Mio. Franken. Oder anders dargestellt: Das Volumen der bilanzierten Guthaben entspricht etwa 900 Stellenprozenten (9 Mann-/Frau-Jahre) - im Verhältnis zu 178 festen Vollzeitstellen + rund 15 Vollzeitpensen im a.o. Personalbestand (Repro etc.). Diese arbeitsorganisatorische „Schwankungsreserve“ ist, sofern sie im Einvernehmen mit den Angestellten bewirtschaftet werden kann, ein durchaus taugliches Element der flexiblen Ressourcenbewirtschaftung und nicht per se ein Missstand, den es zu beseitigen gibt. Dank dem konsequenten Controlling sowie der Bildung der entsprechenden Rückstellungen und Bilanzierung der Guthaben findet auch eine periodengerechte Abbildung in den Jahresrechnungen statt. Es türmen sich also in finanzieller Hinsicht keinerlei Berge auf.

Siehe hierzu auch die Beantwortung der Fragen 4 - 5.

**4. Welche Bereiche sind in Relation zu den jeweils vorhandenen Stellenprozenten von den meisten Überstunden betroffen? (Bitte auch Stellenprozente und effektive Anzahl Überstunden auflisten.)**

Die im Jahr 2008 generierten Mehrleistungen wurden v.a. in folgenden Bereichen erbracht:

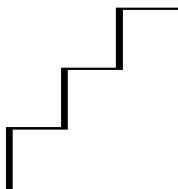
Verwaltungs-Leitung (mit Personellem, Controller- und Rechtdienst) 395 Stellenprozente, 920 Std. Mehrleistungen (Überhang Zeitsaldo); Zentralsekretariat 220 Stellenprozente, 295 Std. Mehrleistungen; EL/Beihilfen 160 Stellenprozente, 179 Std. Mehrleistungen; Abfuhrwesen 590 Stellenprozente, 183 Std. Mehrleistungen; Sozialhilfe 610 Stellenprozente, 207 Std. Mehrleistungen.

**5. Wie sollen die Überstunden nachhaltig abgebaut werden? Wie wird der Anhäufung weiterer Überstunden Einhalt geboten?**

Siehe obige Ausführungen.

**6. Wie wirken sich die Beförderungen im Rahmen der Überführung in die NLO aus?**

Die Beförderungen wurden betragsmässig vollumfänglich für die Berechnung des neuen Lohns gemäss NLO-Lohnsystem mitberücksichtigt.



**7. Im Zuge der Übernahme der Primarschulen kommen zum bestehenden Personalbestand noch eine grosse Anzahl von Personalstellen (Lehrpersonen und Mitarbeitende der Primarschulen) hinzu. Sind die internen Dienste im Hinblick auf diesen „Personalzuwachs“ ausreichend besetzt oder werden hier zusätzliche Personalstellen benötigt?**

Dieser zusätzliche Aufwand ist von Anfang an in den Budgets für die Primarschule eingestellt worden. Schon die Kostenschätzung des Kantons enthielt in der Aufstellung, die dem Grossen Rat präsentiert worden ist, sogenannte Overheadkosten von über CHF 900'000.

Im detaillierten Budget, welches im Sommer 2008 erstellt worden ist, hat die Gemeinde die Dienstleistungen der verschiedenen Abteilungen mit jährlich CHF 737'000 geschätzt. Der Umfang dieser Dienstleistungen wird zurzeit nochmals überprüft und für den Politikplan 2010 - 2013 näher budgetiert. Dabei wird es Verwaltungsbereiche geben, welche die - in bescheidenem Mass - zusätzlich anfallenden Arbeiten voraussichtlich mit dem bisherigen Personalbestand bewältigen können. Andere Bereiche müssen aber eine Aufstockung der Personalressourcen planen. Dies betrifft z.B. die Personalabteilung, die Lohnbuchhaltung oder den Rechtsdienst. Die Verwaltung wird dabei zurückhaltend vorgehen und weitere Stellenaufstockungen erst vornehmen, wenn es sich zeigt, dass die anfallenden Arbeiten nicht bewältigt werden können (vgl. dazu auch Frage 5).

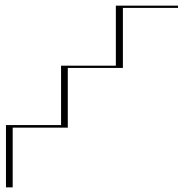
Dies bedeutet, dass die für die Schulen erbrachten Leistungen via Leistungsverrechnung den Gemeindeschulen belastet werden. Es bedeutet aber nicht, dass die gesamten Personalkosten wegen der Primarschule im gleichen Umfang steigen werden.

**Seite 37, Berufliche Vorsorge - Pensionskasse (PK)**

**8. Was sparte die Gemeinde mit dem neuen PK-Gesetz ab 1. Januar 2008 ein resp. was musste sie mehr bezahlen (Umstellungskosten plus)?**

Einmalige Umstellungskosten fielen in Umfang von CHF 347'577 an (siehe Tabelle Geschäftsbericht Seite 38).

Einsparungen bzw. Veränderungen sind nicht von einem Jahr auf das nächste Jahr aussagekräftig nachzuweisen, weil in jedem Jahr unterschiedliche Faktoren v.a. bei den versicherungstechnischen Kosten mitspielen (unterschiedliche Ein- und Austritte, Pensionierungen, Alterung, Frühpensionierungen, Risikofälle etc.). Über Jahre hinweg können sehr wohl Vergleiche angestellt werden. Zudem ist die definitive Jahresrechnung für das Vorsorgewerk Gemeinde Riehen noch nicht eingetroffen und eine Analyse deshalb noch nicht möglich. Einsparungen ergeben sich jedoch aus folgenden Parametern: Erhöhung der AN-Beiträge von 8.0 auf 8.5%, Erhöhung der Beitragsdauer von 35 auf 38 Jahre, Erhöhung AN-Beteiligung bei Lohnerhöhung (neu auch bei teuerungsbedingter Lohnerhöhung), Wegfall des AG-Beitrags bei Neueintritt, Reduktion bei Überbrückungsrenten. Zusatzkosten ergeben sich neu aus allfälligen Frühpensionierungen.



**- Wofür wurde eine allgemeine Ersparnis eingesetzt? (Es ist von einer substantiellen Verringerung der versicherungstechnischen Kosten die Rede.)**

Die definitive Jahresabrechnung 2008 fehlt noch; sie ist auf Ende Mai 2009 in Aussicht gestellt.

Die vergleichbaren Zusatzkosten für das jeweilige versicherungstechnische Defizit betrugen im 2005 CHF 300'000; im 2006 CHF 945'000; im 2007 CHF 315'000 und im 2008 CHF 155'000.

Die sichtbare substantielle Verringerung reduzierte die allgemeinen Sozialleistungen/Personalkosten und somit die Strukturkostenumlagen.

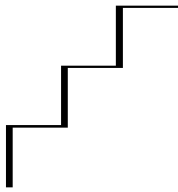
**9. Welches waren die Beweggründe des Gemeinderats, in einer 1. Version keine Rückstellungen für die Sanierung der PK vorzusehen?**

Seitens der Pensionskasse Basel-Stadt bestanden zur Zeit der Abschlussarbeiten weder konkrete Sanierungsmassnahmen noch konkrete Forderungen. Somit bestand auch noch keine entsprechende Verpflichtung seitens der Gemeinde Riehen. Zudem war anzunehmen, dass allfällige Sanierungsmassnahmen in jährlichen Tranchen von z.B. CHF 1 Mio. zu Lasten des Arbeitgebers anfallen würden und somit der jeweiligen Jahresrechnung zu belasten wären. Dies wären auch aus heutiger Sicht gute Gründe, auf eine vollständige Rückstellung zu verzichten. Da wir uns als Gemeinde Riehen grundsätzlich einer modernen Rechnungslegung nach dem „True and fair view-Prinzip“ verschrieben haben, wünschte jedoch die Revisionsgesellschaft eine entsprechend konsequente Anwendung und eine sofortige und vollständige Rückstellung per Ende Geschäftsjahr 2008.

**-Wie hoch schätzt der Gemeinderat die zusätzlichen Kosten für einen allfälligen Sanierungsbedarf der subventionierten Institutionen ein?**

Diese Frage kann noch nicht abschliessend beantwortet werden. Bei allen subventionierten Institutionen, nicht nur bei den PKBS-Versicherten, müssen nun die definitive Jahresrechnung, der individuelle Deckungsgrad mit der eventuellen Deckungslücke sowie die Art und Weise einer allfälligen Sanierung analysiert werden. Ob eine Unterdeckung dann auch tatsächlich über Zusatzsubventionen zu Mehrkosten für die Gemeinde Riehen führen wird, ist eine weitere Frage.

**10. Für die Unterdeckung der PK der Gemeindeangestellten wird als einziger Grund die "dramatische Situation auf den Finanzmärkten" genannt. Gibt es weitere Ursachen (struktureller Natur, Anlagepolitik etc.), welche die Bildung der Unterdeckung begünstigt und noch akzentuiert haben? (Es gibt in der Schweiz meines Wissens noch immer Kassen ohne Unterdeckung.)**



Seite 7

Die Argumentation mit der dramatischen Situation auf den Finanzmärkten ist auch nach Vorliegen des Jahresberichts der PKBS (Gesamt-Institution) grundsätzlich weiterhin richtig. Denn

- die versicherungstechnische Bilanz bzw. Analyse zeigt, dass die Finanzierungs- und Leistungsseiten ausgewogen sind. Es sind sogar kleine Reserven zu Gunsten der Beitrags-/Finanzierungsseite vorhanden (vorbehältlich überdurchschnittlicher frühzeitiger Pensionierungen).
- Die Anlagepolitik spielt richtigerweise eine entscheidende Rolle auf die Performance und somit schlussendlich auf den Deckungsgrad. Die PKBS schloss 2008 mit einer Performance von -10.9% (bei einem Benchmark von -12.6% auf der intern vorgegebenen Anlagestrategie) ab. Sowohl die Umsetzung als auch die gewählte Strategie haben sich im Vergleich zum Markt mehr als bewährt.

Einige Performance-Vergleiche:

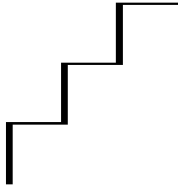
|                                                                                                                 |               |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| <b>PKBS</b>                                                                                                     | <b>-10.9%</b> |
| PK BL (Basel-Land)                                                                                              | -14.8%        |
| APK (Aargau)                                                                                                    | -16.0%        |
| Coop                                                                                                            | -13.7%        |
| Integral (gemäss Tagi-Rating 10.08 die Beste)                                                                   | -27.4%        |
| Publica (Bund)                                                                                                  | -6.9%         |
| ASIP Durchschnitt (Schweizerischer Pensionskassenverband)                                                       | -15.0%        |
| (Bandbreite der Ergebnisse liegt zwischen -8.6% und -27.1% für 90% der Kassen; es gibt aber auch noch bessere!) |               |

Es gibt in der Schweiz in der Tat zahlreiche PKs ohne Unterdeckung. Die Frage ist diejenige nach dem Ausgangspunkt am 1.1.2008. War eine Schwankungsreserve von rund 20% oder mehr vorhanden, war es ein leichtes, trotz Verlusten eine Überdeckung zu behalten. Das Vorsorgewerk „Gemeinde Riehen“ hatte per 1.1.2008 als Ausgangspunkt einen Deckungsgrad von 96.6%. Zudem spielt die Verzinsung der eingelegten Kapitalien zugunsten der Versicherten eine mitentscheidende Rolle. Bei der PKBS wird das Deckungskapital der Leistungsprimatversicherten zu 4.0% verzinst. Bei andern Kassen ist dieser Zinssatz zum Teil wesentlich tiefer, wodurch die Kasse finanziell viel weniger belastet wird.

**Seite 40, 7. Werkdienste:**

***11. Hier wird auf die Problematik der vielen Überstunden im Abfallwesen hingewiesen. Es würde interessieren, ob und welche „Gegenmassnahmen“ getroffen wurden? Ist man von einem Erfolg überzeugt? Wie ist der jetzige Stand?***

Beim Anfall grosser Mengen Gartenabfälle im letzten Herbst konnten die Abfahren nicht in der ordentlichen Arbeitszeit bewältigt werden. Zur Behebung dieses Problems wurden in der Zwischenzeit folgende Massnahmen getroffen:



Seite 8

- Die Kunden wurden mit einem Steckzettel aufgefordert, nur volle Container bereitzustellen bzw. sich mit Nachbarn zusammenzutun.
- Da die Grünabfuhr an zwei aufeinander folgenden Tagen stattfindet, werden am Abend des ersten Sammeltags die Fahrzeuge nur dann noch geleert, wenn sie voll sind.
- Sobald die Lader am Abend nicht mehr gebraucht werden, wird einer der beiden vor der Fahrt zur KVA bzw. nach Pratteln in den Feierabend entlassen.
- Das Abfuhrpersonal kann die geleistete Überzeit kurzfristig kompensieren (entsprechende Arbeitsorganisation).
- Drei ganz enge Strassen (Seidenmannweg, Grasserweg, Roggenstrasse), wo die Durchfahrt mit einem erhöhten Unfallrisiko und einem sehr grossen Zeitaufwand verbunden war, werden nicht mehr befahren. Die Anwohnenden stellen ihre Abfälle nun an Sammelpunkten bereit. Weitere Strassen sind in Abklärung.

Es wird sich in diesen Wochen zeigen, wenn die Menge der bereitgestellten Gartenabfälle wieder zunimmt, ob die Massnahmen eine nachhaltige Wirkung bringen. Die Meinungen der Beteiligten über die Erfolgsaussichten sind kontrovers. Falls es weiterhin zu überlangen Arbeitstagen kommt, muss an einzelnen Tagen ein drittes Abfuhrfahrzeug zugemietet werden.

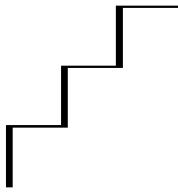
#### **Seite 41, 10. Ergänzende Informationen - Betrieb und Organisation:**

**12. Die Aussagen, dass die Optimierung der Arbeitsabläufe und die Anpassung der betrieblichen Organisationsstrukturen ein Dauerauftrag der Geschäftsleitung sei, mögen richtig sein. Es erlaubt aber auf Grund der hohen Überzeitstunden die Frage, ob dies auf Grund der heutigen Strukturen und Aufgabenkreise überhaupt möglich ist?**

Sicher ist dies möglich. Anlass für Optimierungen geben Veränderungen bei den *Aufgaben* (z.B. Übernahme der Primarschulen oder neues Abfallkonzept), *personelle Wechsel* (z.B. Leiterwechsel Landauer, im Juli 2009 Reintegrationsprogramm oder im Herbst 2009 Leiter Werkdienste) oder neue *Erkenntnisse bezüglich Arbeitsorganisation* (z.B. im Bereich Rechnungswesen/Controlling). Die Verantwortung für solche Anpassungen liegt bei den Abteilungsleitungen und bei der Verwaltungsleitung.

**13. Wie stark ist die Gemeinde im Hinblick auf die Liquidität auf Steuervorauszahlungen angewiesen?**

Die Liquidität der Gemeinde könnte auch ohne Steuervorauszahlungen gewährleistet werden. Es müssten jedoch vermehrt Fremdmittel aufgenommen werden. Durch Steuervorauszahlungen reduziert sich für die Gemeinde das Risiko, bei späteren Liquiditätsengpässen der Betreffenden das Geld einfordern zu müssen.



**14. Es werden nähere Informationen zu den getätigten Geldanlagen von CHF 20 Mio. gewünscht.**

Die Geldanlagen werden nach den Kriterien:

- Verfügbarkeit (Liquidität, Zahlungsbereitschaft)
- Sicherheit
- Ertrag, Rendite

angelegt.

Je nach Marktangebot wird das flüssige Geld in Festgeldern, auf speziell verzinsten Konten etc. angelegt. Zwecks Sicherheit werden die Beträge auf verschiedene Institute verteilt, wobei bei staatlichen Instituten bei entsprechenden Zins- und Verfügbarkeitskonditionen auch Beträge konzentriert werden können. Die Gelder lagen oder liegen unter anderem bei Postfinance, Basler Kantonalbank, Grossbanken, Regionalbanken etc. Anlagen in Obligationen sind wegen der fehlenden Verfügbarkeit und nicht entsprechenden Zinskonditionen zurzeit keine getätigt. Aktienanlagen stehen aus Gründen des Verfügbarkeits-Risiko-Profiles nicht zur Diskussion

**Seite 51, Mittelflussrechnung - Finanz- und Verwaltungsvermögen**

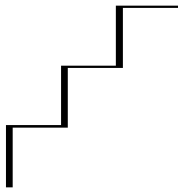
**15. Welches sind die Kriterien, nach denen ein Vermögenswert dem Finanz- oder dem Verwaltungsvermögen zugeordnet wird?**

Finanzvermögen: Liegenschaften als Kapitalanlagen, die veräusserbar sind und nicht der Verwaltungstätigkeit dienen.

Verwaltungsvermögen: Liegenschaften, welche unmittelbar zur Erfüllung der öffentlich-rechtlichen Verwaltungsaufgaben benötigt werden.

**- Wäre angesichts der finanziellen Mittel, welche die Gemeinde nun in den Landgasthof investiert und die sich wohl nie in einer positiven Rendite niederschlagen werden, eine Umwidmung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen angebracht?**

Hier stellt sich die Frage, ob es die Gemeinde als eine „Verwaltungsaufgabe“ erachtet, eine Gastwirtschaft zu betreiben. Der Erhalt einer Gastwirtschaft könnte dann allenfalls eine Gemeindeaufgabe sein, wenn es sonst im Ort kein entsprechendes Angebot gäbe. Aufgrund der politischen Diskussion und dem Antrag der Sachkommission (Festlegung von Öffnungszeiten, Stammtisch, Angebot) wäre eine Umwidmung ins Verwaltungsvermögen jedoch denkbar, politisch jedoch kaum realisierbar.



**- Werden die Zuteilungen regelmässig überprüft? Wer entscheidet wann auf Antrag von wem über allfällige Umwidmungen vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen oder umgekehrt?**

Die Zuteilungen von Finanz- und Verwaltungsvermögen werden regelmässig überprüft. Die Zuständigkeiten für die Überführung von Vermögenswerten sind in § 38 der Finanzhaushaltsordnung und § 37 der Gemeindeordnung geregelt. Anträge können von der Verwaltung, dem Gemeinderat oder dem Einwohnerrat gestellt werden.

### **Seite 53, Investitionsrechnung**

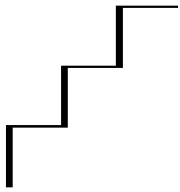
**16. Wie erklärt sich der Gemeinderat den erheblichen Unterschied zwischen budgetierten und effektiv getätigten Investitionen im Jahr 2008? Die getätigten Investitionen liegen seit Jahren (zumindest zurück bis 2004) teilweise massiv unter dem Budget. Worin sieht der Gemeinderat die Gründe für diesen Umstand?**

In der Planung wird jeweils der angestrebte, d.h. der aus Sicht der zuständigen Fachperson und des Gemeinderats nötige Erneuerungsbedarf (Ersatzanschaffungen) eingestellt. In jedem Politikplan werden auch geplante Neuinvestitionen eingestellt. Entscheidet der Einwohnerrat gegen die beantragten Investitionen oder kommt es zu Verzögerungen, hat dies logischerweise Auswirkungen auf die Investitionsrechnung. Die grössten im 2008 nicht realisierten Projekte sind auf Seite 53 des Geschäftsberichts aufgeführt (.v.a. Strassen, Wärmeverbund Plus und Fahrzeugersatzbeschaffungen).

**- Welche Auswirkungen hat dieser Rückstand (buchhalterisch, sachpolitisch, finanzpolitisch)?**

Das von der Bevölkerung und der Verwaltung der Gemeinde Riehen genutzte Vermögen (Strassen, Kanalisation, Gebäude, Fahrzeuge usw.) wird im Zeitablauf verbraucht und muss nach Ende der technisch sinnvollen Nutzungsdauer wiederbeschafft werden. Solche Anlagengüter werden über die Nutzungsdauer abgeschrieben. Dies bewirkt, dass der jeweiligen Jahresrechnung der Ressourcenverzehr des entsprechenden Jahres belastet wird. Die Ersatzinvestitionen der Gemeinde Riehen sollten - im langfristigen Durchschnitt - rund CHF 9 Mio. pro Jahr betragen. (CHF 2,7 Mio. Instandsetzungsarbeiten an den Liegenschaften; CHF 6,5 - 7 Mio. Abschreibungen auf dem übrigen Vermögen). Wenn in einigen Bereichen regelmässig Ersatzanschaffungen zurückgestellt/verschoben werden, führt dies vielfach zu Mehrkosten (aufgrund der überalterten Anlagengüter). Zusätzlich muss auch das jeweilige technische Werterhaltungskonzept überdacht werden.

**- Muss das Budget nach unten korrigiert oder müssen die Investitionen angekurbelt werden?**



Das Budget enthält die nötigen Ersatzinvestitionen und neue Projekte. Mit der Planinvestitionsliste und den entsprechenden Einzel- oder Rahmenkrediten werden den Entscheidungsgremien die Investitionsvorhaben unterbreitet. Es liegt in der Natur der Sache, dass grosse Investitionen politisch gewichtet werden. Die Investitionen können angekurbelt werden, wenn die Investitionsvorhaben von den Entscheidungsträgern nach strategischen objektiven Gesichtspunkten rasch entschieden werden.

***- Wäre es nicht eine Chance, in der aktuellen Wirtschaftskrise mehr Investitionen zu tätigen, wenn schon ein derartiger Rückstand besteht?***

Der Gemeinderat prüft und realisiert die budgetierten Investitionen des eigenen Kompetenzbereichs jeweils so rasch als möglich und legt die übrigen Investitionsanträge dem Einwohnerrat zur Entscheidung vor. Projektverschiebungen entstehen auf Grund von technischen Projektverschiebungen (interne und externe Sachzwänge/Terminverschiebungen von Partnern, z.B. Kanton, IWB usw.) sowie aufgrund des politischen Prozesses.

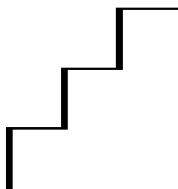
#### **Bericht der Datenschutzkommission**

***17. Im Geschäftsbericht (Haupt- und Detailbericht) fehlt der Bericht der Datenschutzkommission. Wann und wo wird der Bericht vorgelegt resp. veröffentlicht? (Gemäss § 2, Buchstabe e) der Riehener Ordnung betreffend die Aufsicht über den Datenschutz und das Register der Datensammlung ist die Erstellung eines Jahresberichts vorgesehen.)***

Die Aufsicht über den Datenschutz ist im Umbruch. Früher wurde jeweils ein kurzer Jahresbericht verfasst, sofern die Datenschutzkommission überhaupt tagte. Seit der Übernahme des Präsidiums durch Frau Stucki wurde kein Jahresbericht mehr verfasst, da keine speziellen Vorkommnisse zu verzeichnen waren. Stattdessen nun hier ein paar Informationen:

Im Zusammenhang mit Schengen/Dublin und den neuen Anforderungen an den Datenschutz wurde die kantonale Datenschutzstelle per 1.1.2009 neu organisiert. Die bislang kommunal organisierte Miliz-Datenschutzkommission soll nun zugunsten einer Übertragung der Aufsicht an die kantonale Datenschutzstelle abgelöst werden. Zu diesem Schluss kam die Datenschutzkommission nach intensiven Diskussionen. Sie hat dem Gemeinderat in einem Bericht ihre Aufhebung empfohlen. Die Erarbeitung der entsprechenden Vorlage an den Einwohnerrat ist für die 2. Hälfte 2009 vorgesehen. Zum neuen kantonalen Datenschutzbeauftragten wurden erste Kontakte hergestellt, welcher inskünftig mit seinem neuen Team die Aufsicht über die Datenbearbeitungen in der Gemeinde Riehen übernehmen soll.

Im Vorfeld dieser kantonalen Umstrukturierung hat die Datenschutzkommission die Vernehmlassung zur Teilrevision des Datenschutzgesetzes und den Entwurf zu einem neuen Informations- und Datenschutzgesetz aus Riehener Sicht begleitet. Dabei konnten Anliegen der Gemeinde (z.B. konfektionierte Listenauskünfte) beim Kanton erfolgreich angebracht werden.



### 3. Bericht der Revisionsstelle über die Prüfung der Jahresrechnung

Die GPK nahm vom Bericht der Revisionsstelle PricewaterhouseCoopers vom 20. April 2009 und deren Empfehlungen Kenntnis. Der Bericht bestätigt die ordnungsgemässe Rechnungslegung der Gemeinde Riehen ohne Einschränkungen und Vorbehalte und empfiehlt die Genehmigung der Jahresrechnung 2008.

### 4. Antrag

Die GPK beantragt dem Einwohnerrat, Produktsammenrechnung, Investitionsrechnung und Bilanz der Einwohnergemeinde Riehen für das Geschäftsjahr 2008, welche wie folgt ausgewiesen werden, zu genehmigen.

|    |                                      |            |                        |
|----|--------------------------------------|------------|------------------------|
| 1. | Die Produktsammenrechnung:           |            |                        |
|    | Nettoerlöse der neutralen Positionen | CHF        | 68'742'103.85          |
|    | Nettokosten der Produktgruppen       | <u>CHF</u> | <u>-74'337'890.99</u>  |
|    | Erfolg                               | CHF        | -5'595'787.14          |
| 2. | Die Investitionsrechnung:            |            |                        |
|    | Einnahmen                            | CHF        | 2'408'968.95           |
|    | Ausgaben                             | <u>CHF</u> | <u>-9'254'104.86</u>   |
|    | Nettoinvestitionen                   | CHF        | -6'845'135.91          |
| 3. | Die Bilanz:                          |            |                        |
|    | Aktiven                              | CHF        | 454'517'103.84         |
|    | Passiven                             | <u>CHF</u> | <u>-460'112'890.98</u> |
|    | Erfolg                               | CHF        | -5'595'787.14          |

Riehen, 4. Juni 2009

Der Vorsitzende der  
Geschäftsprüfungskommission:

David Moor  
Vizepräsident